

Fünf Punkte für mehr Hochwasserschutz

Flusskonferenz bringt Maßnahmen in Gang – Dokumentation der Kernpunkte des Programms

BERLIN. Die an der Flusskonferenz zum Hochwasserschutz beteiligten Bundesministerien haben sich in Berlin auf ein Fünf-Punkte-Programm verständigt, das sie in Zusammenarbeit sowohl mit den Ländern und Kommunen als auch mit den Nachbarstaaten umsetzen wollen. Die Kernpunkte dieses Programms dokumentieren wir im Folgenden:

1 Gemeinsames Hochwasserschutzprogramm von Bund und Ländern:

a) Den Flüssen mehr Raum geben: In unbesiedelten Bereichen sollen den Flüssen ihre natürlichen Überschwemmungsflächen – auch durch die Zurückverlegung von Deichen – zurückgegeben werden. Dazu soll auch Acker- in Grünland umgewandelt werden. Nachteile für Landwirte sollen durch EU-Förderprogramme ausgeglichen werden.

b) Hochwasser dezentral zurückhalten: Zum Beispiel durch Rückgängigmachung von Gewässerbegradigungen und Uferbefestigungen. Daneben sollen auch Talsperrn verstärkt genutzt werden. Durch weniger Bodenversiegelung sollen Niederschläge besser versickern können.

c) Siedlungsentwicklung steuern: In Überschwemmungsgebieten dürfen in Zukunft keine neuen Woh-

nungs- und Gewerbegebiete mehr ausgewiesen werden. Die Länder müssen ihrer gesetzlichen Pflicht zur Ermittlung und Ausweisung von Überschwemmungsgebieten zeitnah nachkommen. Die Kompetenzen des Bundes im Bereich des Hochwasserschutzes sind zu stärken, um einheitliche Standards zu gewährleisten. An allen Flüssen muss eine rechtzeitige und zuverlässige Hochwasserwarnung und -vorhersage gewährleistet werden. Die Bundesregierung wird die Anforderungen für gefährliche betriebliche Anlagen in Überschwemmungsgebieten überarbeiten.

2 Länderübergreifende Aktionspläne: Die Bundesregierung dringt darauf, die Maßnahmen des vorbeugenden Hochwasserschutzes über Länder- und Staatsgrenzen hinweg voranzutreiben. Dazu sollen Gefährdungsanalysen und Hochwasserprognosen grenzüberschreitend erarbeitet werden. Im Jahr 2004 soll es dazu eine internationale Fachkonferenz geben.

3 Europäische Zusammenarbeit voranbringen: Projekte, die im Rahmen des vorbeugenden Hochwasserschutzes eine grenzüberschreitende Raumplanung beinhalten und umsetzen, werden durch die Bundesregierung unterstützt

und teilweise mitfinanziert. Auch hier wird die Solidarität der Oberlieger mit den Unterliegern über Staatsgrenzen hinweg, zum Beispiel bei der Aufstellung grenzübergreifender Raumordnungspläne mit ausgewiesenen Überschwemmungsgebieten eingefordert.

4 Flussausbau überprüfen: Der Ausbau der Flüsse für die Schifffahrt ist mit Blick auf den Hochwasserschutz zu überprüfen. Dies soll Bestandteil des neuen Bundesverkehrswegeplanes Anfang 2003 sein. Auswirkungen hat dies auf den Ausbau der Elbe, für die ein integriertes Gesamtkonzept unter Abwägung aller Belange gefordert wird. Der von der bayerischen Staatsregierung geforderte

Staufenausbau an der Donau zwischen Straubing und Vilshofen wird nicht realisiert.

5 Sofortmaßnahmen zum Hochwasserschutz: Zur Beseitigung der Hochwasserschäden wird auf das 500-Millionen-Euro-Sofortprogramm der Bundesregierung sowie auf das Flutopfer-Solidaritätsgesetz mit einem Finanzrahmen von fast 10 Milliarden Euro verwiesen. Die Bundesregierung zeigt sich entschlossen, beim Hochwasserschutz in allen Bereichen zügig Fortschritte zu erzielen. Sie wird im Jahr 2004 einen ersten Bericht über die Umsetzung der mit diesem Fünf-Punkte-Programm eingeleiteten Hochwasserschutzmaßnahmen vorlegen.

Reaktionen

Schily will ein neues Bundesamt

Als Konsequenz aus der Hochwasserkatastrophe will Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) den Katastrophenschutz deutlich verbessern. Schily plant die Schaffung eines Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, das aus der bisherigen Zentralstelle für Zivilschutz im Bundesverwaltungsamt hervorgehen soll. Das geplante Bundesamt soll die Hilfsmaßnahmen der Bundesländer und der Hilfsorganisationen enger koordinieren. Bundeswirtschaftsminister Werner Müller (parteilos) hat Sachsen unterdessen Hilfe von Experten der Bundeswehr angeboten, um die Auszahlung der Hilfen für geschädigte Unternehmen zu beschleunigen.

MZ - Rk - 2kg - 16.09.2002